


<b>Vorlage an den Magistrat</b>	<b>Vorlagennummer:</b> FB1POK/10610/2022 <b>Verfasser:</b> Martin Bieberle <b>Aktenzeichen:</b> <b>Datum:</b> 11.01.2022
Sachbearbeitendes Amt: FB 1 - Personal, Organisation und Kommunikation	
<b>Folgende Ämter, Fachbereiche, Eigenbetriebe haben mitgezeichnet:</b>	
55 - Wohnhilfen und Soziales	

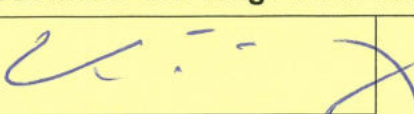
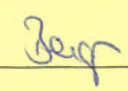
Vorläufige Beratungsfolge:		
Status	Datum	Gremium
N	17.01.2022	Magistrat

### Anfrage zum Thema "Zukunft von Sportsfield Housing"

**Der Magistrat wird gebeten, folgenden Beschluss zu fassen:**

Die Anfrage der DIE FRAKTION in der Stadtverordnetenversammlung Hanau vom 17.12.2021 wird wie folgt beantwortet:  
(s. Begründung)

  
 Kaminsky  
 Oberbürgermeister

<b>Beschluss des Magistrats der Stadt Hanau</b>		
	gemäß Vorlage beschlossen	
Oberbürgermeister		Protokollführung

## **Begründung:**

### **Fragen**

1. Sind die Pläne eines Ausbildungsstandort für den Zoll noch aktuell?
2. Sollte dies nicht der Fall sein, gibt es andere Überlegungen?
3. Inwieweit prüft das Land die Erstaufnahme wieder zu reaktivieren?
4. Sollen Häuser weiterhin als städtische Flüchtlingsunterkunft dienen?
5. Wann ist damit zu rechnen, dass die Flüchtlinge dezentral untergebracht werden können?

### **Antworten**

#### Zu Frage 1:

Die Pläne eine Zollakademie zu realisieren sind aktuell. Mittlerweile haben zwei erste Abstimmungstermine mit den vom Bund beauftragten Projektverantwortlichen der OFB und des Landesbetriebes Bau und Immobilien Hessen (LBIH) sowie der BimA stattgefunden. Wir gehen davon aus, dass wir Mitte 2022 erste Planungsüberlegungen öffentlich präsentieren können.

#### Zu Frage 2:

Die Frage hat sich durch die Antwort zu Frage 1 erledigt.

#### Zu Frage 3:

Nach unserem Kenntnisstand gibt es keine Initiative des Landes.

#### Zu Frage 4:

Die Mietverträge mit der BimA laufen für 4 Wohngebäude bis April 2025, für die restlichen 9 Gebäude bis November 2025.

#### Zu Frage 5:

Aufgrund verstärkter Zuweisungen, liegt die Bewohnerzahl bei mittlerweile ca. 900 Personen. Hiervon sind ca. 50%, wegen laufender Asylverfahren oder mit einem Duldungsstatus versehene Personen nicht berechtigt, eigenen Wohnraum anzumieten. Durch städtische Vermittlungsaktivitäten und Eigeninitiative der Bewohner konnten bereits mehr als 950 Personen eine eigene Wohnung beziehen.